

ZUR SACHE

Sinnbild für das Männerteam



Die Berner-Oberländer-Woche bildet den Zustand des Männerteams von Swiss Ski deutlich ab. Während die Gastgeber im Weltcup in Adelboden der Konkurrenz hinterherfahren, ist Wengen für sie ein gutes Pflaster.

Adelboden und Wengen verbindet eine freundschaftliche Konkurrenz. Innerhalb einer Woche finden in den Berner Oberländer Skirennen fünf Weltcuprennen statt. Adelboden punktet mit unvergleichlicher Stimmung und dem schwierigsten Riesenslalom der Welt; Wengen mit dem Panorama von Eiger, Mönch und Jungfrau sowie der längsten Abfahrt im Weltcup. Gastierter der Skizirkus im Berner Oberland, ist Spektakel garantiert. So ähnlich sieht Adelboden und Wengen aber sind, so unterschiedlich sehen die Schweizer Leistungen aus. Zum Auftakt der Berner-Oberländer-Woche brachten die Gastgeber im Riesenslalom von Adelboden keinen Fahrer unter die besten 20 – im Slalom verhinderte Luca Aerni mit Rang 19 die totale Blamage. Anders die Ausbeute in Wengen: Auf Carlo Janka Sieg in der Superkombination folgte gestern eine Abfahrt, in der es zwei Schweizer aufs Podest und drei weitere unter die besten zehn schafften.

Die Berner-Oberländer-Woche ist sinnbildlich für das Männerteam. In den schnellen Disziplinen ist Swiss Ski breit abgestützt. Beat Feuz, Patrick Küng oder Janka sind jederzeit für einen Podestplatz gut und dienen Talenten wie dem Gossauer Ralph Weber oder dem Bündner Mauro Caviezel im Training als Gradmesser. Zudem nehmen die Arrivierten in den Rennen Druck von den Jungen.

In den technischen Disziplinen fehlt ein Spitzenfahrer. Das Technikerteam befindet sich im Aufbau. Es wird deshalb eine oder zwei Saisons dauern, bis Swiss Ski in Adelboden Podestplätze feiern kann. Bis dann hat Wengen in der Berner-Oberländer-Woche die Nase vor. Auch wenn gestern ein Österreicher die Abfahrt gewonnen hat.

Christof Krapf
christof.krapf@tagblatt.ch

SPORT 14

PRESSESCHAU

Der tiefe Euro und die Gier in uns allen

Sonntagszeitung Nun hat ein blasser Mann vom Schlage eines Buchhaltungsdozenten die unangenehme Wahrheit entlarvt: Nur Stunden nachdem Nationalbankpräsident Thomas Jordan den Schweizer Franken vom Euro-Mindestkurs losgebunden hat, waren die Euro-Fächer der Bancomaten geblüht, und Scharen von Einkaufstouristen setzten sich Richtung Grenze in Bewegung. (...) Uns wurde einmal mehr offenbart, dass die Gier eben doch in uns allen steckt, von Geburt an, mit unserem ersten Schrei nach Muttermilch.

NZZ am Sonntag Viel Beifall hat Jordan dafür erhalten, dass er den Franken wieder dem freien Spiel der Marktkräfte überlässt. Doch wie viel zählt das in einer Welt, in der alle anderen wichtigen Währungen manipuliert, aufgebläht, künstlich geschwächt und unter dem Null-Zins-Diktat gefahren werden? (...) Der Franken muss sich in einem vernünftigen Verhältnis zu anderen Währungen positionieren, wenn in diesem Land weiterhin Güter produziert und exportiert werden sollen.

TAGBLATT

Leitung Regionalmedien: Jürg Weber

Chefredaktion: Philipp Landmark (Chefredaktor); Silvan Lüchinger (stv. Chefredaktor; Leitung Ostschweiz am Sonntag); Bruno Scheible (stv. Chefredaktor; Regionalleiter); Jürg Ackermann (Blattmacher); Sarah Gerteis (Leitung Online-Redaktion)

Erweiterte Chefredaktion: David Angst (Leitung Thur- gauer Zeitung); Daniel Wirth (dwi, Leitung St. Gallen/ Gossau); Andreas Bauer (Dienstchef)

Verlag und Druck:

St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122 Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88

Leitung Marketing und Lesemarkt: Christine Bolt (Stv. Leitung Regionalmedien)

Leitung Werbemarkt: Stefan Bai

Verbreitete Auflage: WEMF 2014 128 569 Ex.

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Fürstenlandstrasse 122, Postfach, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 77 77, Fax 071 272 73 17 E-Mail: inserate@tagblatt.ch

«Ich befürchte keine Rezession»

Serge Gaillard, Chef der Finanzverwaltung des Bundes, warnt nach der Entkoppelung von Franken und Euro vor übereilten Reaktionen. Stützungsprogramme hält er für wenig sinnvoll.

EVA NOVAK, SERMIN FAKI

Herr Gaillard, was sagt der Finanzverwalter des Bundes zum Mindestkurs-Aus?

Serge Gaillard: Während vier Jahren hat die Untergrenze für Stabilität und Planungssicherheit gesorgt und uns vor Verwerfungen der Eurokrise geschützt. Jetzt müssen sich alle neu orientieren.

Welche Folgen werden die Turbulenzen für die Bundeskasse haben?

Gaillard: Wir haben beim Bund eine gute Finanzlage. Kurzfristige Turbulenzen haben kaum Auswirkungen auf die Konjunktur und damit auf den Haushalt. Längerfristig wird die Entwicklung davon abhängen, wie sich der Wechselkurs entwickelt. Pendelt er sich in der Nähe von 1.15 ein, wird sich das positive Konjunktur- bild, von dem wir bisher ausgegangen sind, nur wenig verändern. Die Wirtschaft wird weiter wachsen, auch wenn die Exporte leider geschwächt werden. Sollte jedoch der Wechselkurs längere Zeit unter 1.10 fallen oder gar bei der Parität verharren, müssen wir in der Schweiz mit einem sehr schwachen Wirtschaftswachstum und steigender Arbeitslosigkeit rechnen. Das würde sich ab 2016 wegen der geringeren Steuereinnahmen auch auf den Bundeshaushalt auswirken.

Ab 2016 müssen Sie ohnehin sparen, um die Schuldenbremse einzuhalten.

Gaillard: Im Rahmen der wirtschaftlichen Lagebeurteilungen werden wir im März und im Juni Prognosen für 2016 erstellen und das Budget anpassen. Bis dahin werden sich der Nebel gelichtet und die Hektik gelegt haben.

Eine Rezession fürchten Sie nicht?

Gaillard: Nein. Natürlich kann ein kleines Land wie die Schweiz durch irrationale Wechselkursbewegungen destabilisiert werden. Doch für eine Rezession müsste der Wechselkurs längerfristig bei der Kursparität verharren. Ich glaube nicht, dass die Nationalbank das zulassen würde.

Ist das Zweckoptimismus?

Gaillard: Ich schätze das weltwirtschaftliche Umfeld eher positiv ein.



Serge Gaillard

Bild: ky/Peter Schneider

Die USA verzeichnen ein starkes Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosigkeit nimmt weiterhin ab. Auch für die Euro-Zone sind Hoffnungen auf eine Konjunkturerholung dank dem tiefen Erdölpreis, dem starken Dollar und der lockeren Geldpolitik heute berechtigt.

Die Nationalbank weist einen Rekordbuchverlust aus. Was heisst das für die Kantone?

Gaillard: Massgeblich ist der Jahresgewinn 2014 von 38 Milliarden Franken. Massgeblich vereinbart haben die Kantone und der Bund Anrecht auf eine Milliarde Gewinnausschüttung,

sofern die Ausschüttungsreserve nicht negativ ist. Übersteigt die Reserve Ende Jahr zehn Milliarden, wird mehr ausbezahlt als die Milliarde. Das war im letzten Jahr der Fall.

Die Kantone fordern deshalb eine weitere Milliarde. Realistisch?

Gaillard: Die Kantone schlagen vor, zusätzlich für das Vorjahr entschädigt zu werden, in dem sie leer ausgegangen sind. Dieser Vorschlag scheint vernünftig. Er trägt dem Anliegen der Kantone nach Kontinuität Rechnung. Und er geht im Grundsatz nicht über die vereinbarte Milliarde hinaus.

Und die Ausschüttung ist nicht gefährdet?

Gaillard: Die Ausschüttungsvereinbarung gilt. Und sie bezieht sich auf den Jahresabschluss 2014. Ob in den nächsten Jahren Spielraum für Gewinnausschüttungen besteht, wird auch vom Wechselkurs abhängen.

Was bedeutet der SNB-Entscheid für die Entwicklung der Zinsen?

Gaillard: Je stärker der Franken aufwertet, umso länger muss die Nationalbank die Zinsen tief halten. Deshalb dürften sie länger tief bleiben als bisher erwartet. Für den Bund hat das den positiven Nebeneffekt von tieferen Finanzierungskosten.

Schafft das falsche Anreize, sich zu verschulden?

Gaillard: Die Schuldenbremse gilt weiterhin und sorgt auch künftig dafür, dass die Schulden nicht zunehmen.

Wie wirkt sich die Zinsentwicklung auf den Immobilienmarkt aus?

Gaillard: Die tiefen Zinsen begünstigen die Nachfrage nach Wohnneigentum. Steigt die Nachfrage so rasch, erhöhen sich die Preise. Deshalb sind bis 2013 die Preise für Eigentumswohnungen zu stark gestiegen. Sie haben ein Niveau erreicht, das bei steigenden Zinsen nicht gehalten werden könnte. Auch die Hypothekerverschuldung hat stark zugenommen. Solche Entwicklungen bergen die Gefahr, dass die Immobilienpreise in einer späteren Rezession fallen, was die Wirtschaftsprobleme vertiefen würde.

Damals hat der Bund interveniert.

Gaillard: Der Bundesrat hat von den Banken mehr Eigenkapital verlangt, wenn sie Hypotheken vergeben. Zusätzlich haben sich die Banken in einer Selbstregulierung auf eine vorsichtiger Vergabe von Hypotheken verpflichtet. Dadurch konnte das Wachstum der Preise in den letzten einhalb Jahren beruhigt werden.

Reicht das für die Zukunft?

Gaillard: Auch das hängt davon ab, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Schwächt sie sich ab, wird auch die Nachfrage nach Wohnneigentum weniger steigen. Wächst die Wirtschaft aber bei tief bleibendem Zinsniveau weiter wie bisher, könnten die Preise wieder beschleunigt steigen.

Und wenn sich das ändert?

Gaillard: Dann kann der antizyklische Puffer noch erhöht werden. Zudem könnten Bankiervereinigung und Finanzmarktaufsicht die Selbstregulierung verschärfen.

Die Gewerkschaften warnen vor einer steigenden Arbeitslosigkeit. Zu Recht?

Gaillard: Ich verstehe die Beunruhigung, denn der Wechselkurs hat einen starken Einfluss auf die Beschäftigung. Bleibt der Eurokurs über längere Zeit bei einem Franken, wären die Auswirkungen dramatisch. Aber wie gesagt: Ich bin überzeugt, dass die SNB alles daran setzen wird, die Wirtschaft zu stabilisieren.

Gibt es ökonomische Kennzahlen, die den Effekt des Wechselkurses auf die Beschäftigung beschreiben? Beispielsweise, wenn der Kurs über ein Jahr bei einem Franken bleibt?

Gaillard: Es gibt Modelle, die solche Berechnungen erlauben. Ein Paritätszenario hat der Bund bis jetzt noch nicht durchgespielt. Bis letzte Woche war das noch unvorstellbar.

Wann kommt der Moment, die Konjunktur mit einem Programm anzukurbeln?

Gaillard: Die Diskussionen bei der letzten Aufwertung haben klar gezeigt, dass man Wechselkursprobleme weder mit Konjunkturprogrammen noch mit Subventionen lösen kann. Sondern nur mit geldpolitischen Massnahmen.

PODIUM

Anlegerschutz auf Abwegen

Das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG), welches kürzlich in der Vernehmlassung war, ist ein Kind der Finanzkrise. Geprägt ist der Gesetzesvorschlag von der weit verbreiteten Geisteshaltung, welche immer mehr individuelle Verantwortung an den Staat überträgt. Ob das heute Ziel, die Verbesserung des Anlegerschutzes, nachhaltig erreicht wird, ist fraglich.

Keine Wohlfahrtsinstitute

Dass in der Finanzbranche Fehler gemacht wurden und Anleger zu Schaden kamen, lässt sich nicht bestreiten. Klar ist, dass Finanzdienstleister stärker in die Pflicht zu nehmen sind. Das FIDLEG enthält deshalb umfassende Verhaltensregeln und Transparenzvorschriften. Im Zentrum stehen Informations-, Erkundigungs- und Dokumentationspflichten, welche gegenüber Kunden einzuhalten sind. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass dadurch bessere, weil informierte Entscheide gefällt werden können. Die einstellige Übertragung dieser Pflichten auf die Finanzindustrie untergräbt jedoch die Eigenverantwortung der Anleger und trägt in fataler Weise

dazu bei, dass diese sich in falscher Sicherheit wähnen.

Finanzielles Basiswissen (Financial Literacy) ist eine lebensnotwendige Fähigkeit und bildet die Voraussetzung, um Selbstverantwortung wahrzunehmen. Sinn gemäss besteht also auch für Anleger eine Informationspflicht. Neuere Untersuchungen für die Schweiz zeigen, dass mehr als der Hälfte grundlegendes Finanzwissen fehlt. Dies zeigt sich

Menschen neigen dazu, finanzielle Angelegenheiten auf die lange Bank zu schieben.

im Beratungsalltag: Menschen neigen dazu, finanzielle Angelegenheiten auf die lange Bank zu schieben, falsche Prioritäten zu setzen oder sich von Emotionen (Angst, Gier) leiten zu lassen. Beispielsweise wird für Autokauf oder Ferienplanung mehr Zeit aufgewendet als für Anlageentscheide oder Altersvorsorge.

Solche zu tiefst menschlichen Verhaltensweisen kann das FIDLEG

nicht korrigieren. Und der Glaube vieler Anleger, die Verantwortung für die «finanzielle Gesundheit» lasse sich an Banken bzw. ihre Berater delegieren, ist naiv. Für die physische Gesundheit ist schliesslich auch kein Arzt verantwortlich.

Guter Rat ist «teuer»

Ein sorgloser Umgang mit der Eigenverantwortung könnte sich im Zusammenhang mit dem FIDLEG als Bumerang erweisen. Mit seiner Unterschrift unter ein Gestrüpp neuer regulatorischer Dokumente (Risikoauflärungen, Beratungsprotokolle) trägt der Kunde, wissentlich oder unwissentlich, dazu bei, dass sich Finanzdienstleister im Streitfall relativ einfach exkulpieren können mit dem Hinweis, dass dieser sein Einverständnis gegeben habe. Anleger sind also gut beraten, ihren Finanzdienstleister sorgfältig auszuwählen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Incentivierung der Kundenberater.

Die Beratungsqualität leidet, wenn diese von falschen Anreizen wie Verkaufszahlen, Retrozessionen oder ähnlichem motiviert werden. Gute Beratung muss konsequent frei

von Interessenkonflikten sein und hat ihren Preis, wie dies bei der Honorarberatung, aber auch vielen anderen individuellen Beratungsleistungen (Recht, Steuern, Treuhänder) selbstverständlich ist. Bedauerlicherweise leistet das FIDLEG zwar einen Beitrag zu mehr Transparenz auf Produktstufe, nicht jedoch bei der Beratungsqualität, obwohl der Nutzen für Anleger offensichtlich ist. Bei Lichte betrachtet besteht ein erhebliches Risiko, dass das FIDLEG bezüglich Anlegerschutz nur bedingt zielführend ist, denn der «Hauptfeind» des Anlegers ist, entgegen der vorherrschenden Meinung, nicht die Finanzindustrie, sondern er selbst.



Anita Rügsegger
Vermögensberaterin

Bild: pd